

zung oder Vervollständigung eines vorhandenen Baues darstellen; c) Einbau von Heizungsanlagen, Lichtanlagen, Lüftungsanlagen, Personenaufzügen und sonstigen Aufzügen, soweit solche nicht als Erfahrgenstände im Sinne des Gesetzes über Steuerfreiheit für Erfahrgenstände vom 1. Juli 1933 behandelt werden.

3. die Runderlasse des Reichsministers der Finanzen vom 10. Oktober 1933 betreffend Steuerfreiheit für Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Luftschutzes und vom 27. Januar 1934 betreffend Steuerfreiheit für Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Sanitätsdienstes in Industrie- und Werksbetrieben.

Senkung der Umsatzsteuer

für den Binnengroßhandel auf 0,5 v. H.

Nach dem bestehenden Umsatzsteuergesetz ist der Binnengroßhandel mit 2 v. H. umsatzsteuerpflichtig, soweit er Ware auf Lager nimmt und ab Lager verkauft, und umsatzsteuerfrei, soweit die Ware bei ihm nur durchläuft zwecks Beförderung an den Abnehmer. Aus dieser bestehenden Rechtslage ergeben sich die beiden folgenden Mängel: 1. Die Unterscheidung der verschiedenen Arten von Besitz bedeutet für die Verwaltung und für die beteiligten Wirtschaftskreise eine erhebliche Arbeitsbelastung. 2. Der lagerhaltende Großhändler wird bei den geringen Gewinnspannen in seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenüber demjenigen Großhändler, der die Ware nur zwecks Beförderung an den Abnehmer bei sich durchlaufen läßt, erheblich benachteiligt. Infolgedessen wird die Lagerhaltung im Großhandel weitgehend vermieden.

Der Entwurf des neuen Umsatzsteuergesetzes sieht vor, daß der Großhandel einheitlich mit 1/2 vom Hundert besteuert wird. Das bedeutet für den lagerhaltenden Großhändler eine Entlastung um 75 vom Hundert der bisherigen Umsatzsteuerlast und ermöglicht ihm eine angemessene Lagerhaltung. Er wird nicht mehr, wie bisher, seine Aufträge an die Industrie erst dann erteilen, wenn er Abnahme dafür hat, sondern er wird ohne Rücksicht auf vorliegende Bestellungen gleichmäßig und auf weite Sicht große Aufträge mit der Industrie abschließen. Dadurch werden die rückwärtigen Beschäftigungen bei der Industrie ausgeschlossen. Es wird in der Beschäftigung zu Gleichmäßigkeit kommen.

Und was zu weiterer Ankerbelastung der Wirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt und im bevorstehenden Winter von ganz besonderer Bedeutung sein wird; der Großhandel wird sich Lager schaffen und entsprechende Aufträge erteilen. Daraus wird sich im kommenden Winter eine Arbeitsbeschäftigung ergeben, die mit einigen hundert Millionen wird angenommen werden können. Heute sind die Lager des Großhandels so gut wie leer. Der Großhandel wartet auf den Zeitpunkt einer umsatzsteuerlichen Erleichterung, um in Wahrnehmung dieser Erleichterung zur Lagerhaltung und zur Vereinfachung seines Geschäftsbetriebes übergehen zu können. Der Zweck der umsatzsteuerlichen Maßnahme, die den Großhandel betrifft, ist ein dreifacher: 1. wesentliche Vereinfachung der Verwaltung bei der Steuerbehörde sowohl als auch beim Großhändler, 2. Gleichmäßigkeit im Beschäftigungsstand in der Industrie, 3. Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Steuer- und Abgabensenkungen

sind bisher erfolgt:

1. durch die Befehle über Halbierung der landwirtschaftlichen Umsatzsteuer und über Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer vom 21. September 1933. Die Folge dieser am 1. Oktober 1933 eingetretenen Senkungen ist eine Erhöhung der Kaufkraft der Landwirte. Die Landwirte können entsprechende Beträge mehr aufwenden für Instandsetzungen und Ergänzungen, für Löhne, Bekleidung und sonstige Dinge und auf die Weise den Verbrauch beleben helfen;

2. Durch Artikel III des Kaufstrafgesetzes vom 26. März 1934. Danach ist eine wesentliche Senkung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erfolgt. Die Senkung ist dadurch ermöglicht worden, daß die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist und infolgedessen der Finanzbedarf der Arbeitslosenhilfe wesentlich kleiner geworden ist. Das Auskommen an Abgabe zur Arbeitslosenhilfe betrug im Rechnungsjahr 1933 rund 530 Millionen RM. Durch das Gesetz vom 26. März 1934 ist mit Wirkung ab 1. April 1934 die Abgabe um rund 300 Millionen RM gekürzt worden. Bei dieser Senkung ist zum ersten Male auch der bevölkerungspolitische Gedanke, und zwar in der folgenden Weise, verwirklicht worden:

1. Alle steuerpflichtigen Arbeitnehmer mit drei und mehr Kindern sind mit Wirkung ab 1. April 1934 von der Abgabe vollständig befreit, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens;

2. Alle steuerpflichtigen Arbeitnehmer mit einem Kind und zwei Kindern sind mit Wirkung ab 1. April 1934 von der Abgabe vollständig befreit, wenn ihr Arbeitslohn 500 RM im Monat nicht übersteigt;

3. Alle Volksgenossen mit einem Arbeitslohn von nicht mehr als 100 RM im Monat sind mit Wirkung ab 1. April 1934 von der Abgabe vollständig befreit, ohne Rücksicht darauf, ob sie verheiratet oder ledig sind;

4. Außerdem ist für verschiedene Einkommensgruppen, die nicht unter die vollständige Befreiung fallen, eine Ermäßigung der Abgabe erfolgt.

Die Senkung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe führt zwangsläufig zu einer Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitnehmer und damit zu einer Belebung des Verbrauchs um 300 Millionen RM. Diese 300 Millionen RM Senkung sind durch Verwirklichung des bevölkerungspolitischen und sozialen Gedankens so verteilt, daß die Verwendung der Summe zu Zwecken des Verbrauchs gewährleistet erscheint.

(Fortsetzung folgt.)

Noch ein NSDAP-Betätigungsverbot

Dortmund, 28. Juni.

Die Staatspolizeistelle hat folgende Anordnung erlassen: Für den Bereich der Staatspolizeistelle (Regierungsbezirk Arnsberg) wird dem NSDAP (Stahlfabrik) bis auf weiteres das Abhalten von Versammlungen und Aufmärschen sowie das öffentliche Tragen von Uniformen und Ab-

Frankreichs „Sicherheitsfeste“

Die Balkanreise des französischen Außenministers

Die Bilanz, die man in Paris aus der Rundreise Barthous zieht, bestätigt die Vermutung, daß es Barthou vor allem auf die Schaffung eines festgefügtten Bündnis-systems angekommen ist.

Besonders deutlich kommt dies in folgenden Ausführungen des „Welt Parisien“ zum Ausdruck: „Barthou ist nach Bulgareien und Belgrad gekommen, um die Bündnisse zu festigen, die de jure intakt geblieben waren, aber doch viel von ihrer Vitalität verloren hatten. Barthou hat vollen Erfolg gehabt. Gegenüber einem Deutschland, dessen „Gewaltpläne“ (1) nicht mehr verschleiert werden, gegenüber einem unsicheren Oesterreich und einem unnahegebliebenen Ungarn, neben einem Italien, das jögert, sich anzuschließen, war die neue Bekräftigung der französischen Bündnisse mit den Ländern der Kleinen Entente höchst zweckmäßig; denn diese Verstärkung bezieht sich nicht nur auf unsere Allianzen sondern auch auf die Allianzen unserer Verbündeten, d. h. auf alle jene Balkanländer, die heute zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit sich zusammenschließen.

So wird eine Sicherheitsfeste geschmiedet, die über die Türkei und Rußland bis nach Polen und den baltischen Staaten hinausreicht, eine ununterbrochene eindrucksvolle Kette, die in immer größerem Erfassen die Nationen verfestigt, die geglaubt haben, daß die Stunde der „Gewaltspolitik“ wieder gekommen sei!

Große Erregung in Ungarn

Der französische Außenminister Barthou ist von Belgrad abgereist. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof u. a. eingefunden der Ministerpräsident und die Mitglieder der Regierung sowie zahlreiche Senatoren und Abgeordnete und Vertreter des Diplomatischen Korps.

Ueber die Vorgänge in Bulgareien und Belgrad befindet sich die gesamte ungarische Öffentlichkeit in starker Erregung. Eine dem ungarischen Oberhaus übermittelte schriftliche Protesterklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Bombás, die als unvorsichtige Gelamtsmeinung a. fallen ist.

Die französische Außenminister Barthou ist Mittwoch morgen mit dem Arbergepfe durch Budapest durchgereist. Die Budapest Polizei hatte umfangreiche Maßnahmen getroffen, um jede Kundgebung zu verhindern. Auf dem Bahnhof befand sich ein großes Polizeiaufgebot, das den verschlossenen Wagen des französischen Außenministers nach Einlauf dicht umstellte. Auch der Bahnhof selbst war durch große, zum Teil berittene Polizeiaufgebote abgeperzt. Auch in den Zufahrtsstraßen patrouillierten große Polizeiaufstellungen. Auf dem Bahnhof waren außer dem Vertreter der französischen Gesandtschaft zahlreiche Journalisten erschienen, die den französischen Außenminister interviewen wollten, Barthou, der seinen Wagen nicht verließ, empfing jedoch niemanden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

hat in ganz Ungarn starken Widerhall gefunden. Aus dem ganzen Lande werden außerordentlich stark bewachte Protestversammlungen gemeldet, in denen das ungarische Volk ganz im Sinne des ungarischen Ministerpräsidenten gegen die Ausrufungen Barthous einheitlich und entschlossen Stellung nahm.

Besonders stark wird die Aussprache zwischen König Karol und Barthou kommentiert, in der Barthou dem rumänischen König gedroht habe, für den Fall, daß der König auf einer Militärdiktatur bestände, die Revisionswünsche Ungarns wirksam unterstützen zu wollen. Maßgebliche ungarische Politiker meinen, es sei bezeichnend, daß Barthou auf der einen Seite sich dahin geäußert habe, daß Rumänien nur zugestanden sei, was ihm gebühre, während er auf der anderen Seite dem rumänischen König drohe, für den Fall, daß er nicht gehorche, das an Ungarn geschehene Unrecht wiedergutzumachen.

In der Schlusssitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten sämtlicher Parteien gegen die Stellungnahme Barthous zur Revisionsfrage scharf und geschlossen protestiert. Als Abschluß der zahlreichen Protestreden ermahnte der ungarische Außenminister Ranga die Abgeordneten, ihr kaltes Blut nicht zu verlieren, auch auf ihre Wählerchaft beruhigend einzuwirken und sie zu überzeugen, daß die ungarische Regierung nach wie vor bei ihrer besonnenen Politik ausharren und trotz allen Schwierigkeiten Mittel und Wege finden werde, um die Lebensinteressen des Ungarntums entsprechend zu schützen.

Der französische Außenminister Barthou ist Mittwoch morgen mit dem Arbergepfe durch Budapest durchgereist. Die Budapest Polizei hatte umfangreiche Maßnahmen getroffen, um jede Kundgebung zu verhindern. Auf dem Bahnhof befand sich ein großes Polizeiaufgebot, das den verschlossenen Wagen des französischen Außenministers nach Einlauf dicht umstellte. Auch der Bahnhof selbst war durch große, zum Teil berittene Polizeiaufgebote abgeperzt. Auch in den Zufahrtsstraßen patrouillierten große Polizeiaufstellungen. Auf dem Bahnhof waren außer dem Vertreter der französischen Gesandtschaft zahlreiche Journalisten erschienen, die den französischen Außenminister interviewen wollten, Barthou, der seinen Wagen nicht verließ, empfing jedoch niemanden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Vor einer neuen Kabinettsumbildung in Polen.

Wie der regierungsfreundliche „Gepfech Poranny“ berichtet, soll noch im Laufe dieser Woche eine neue Kabinetts-umbildung erfolgen. Es wird vor allen Dingen die Ernennung eines Innenministers und eine Aenderung auf dem Posten des Landwirtschaftsministers erwartet. Man rechnet nach Meinung des Statistikers bestimmt mit dem Rücktritt des bisherigen Landwirtschaftsministers Kufowski und mit der Uebernahme dieses Postens durch den Kurator der landwirtschaftlichen Schule in Arzmenien, Boniatowski. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird der Kandidat von Bemberg, Belina-Bragowski, als Kandidat für den Posten des Innenministers ernstlich genannt.

Die Untersuchung im Nordfall Bieradi.

Wie die halbamtliche „Gazeta Polska“ mitteilt, schreiten die polizeilichen Untersuchungen in Warschau im Nordfall Bieradi weiter fort. Man glaubt, mit großer Wahrscheinlichkeit den Kreis gefunden zu haben, in dem der Anschlag gegen den Innenminister vorbereitet wurde. Besonders hervorgehoben wird die erfolgreiche Mitarbeit der deutschen Polizei.

Neue Kriegsschuldennote Englands an Amerika.

Eine neue Kriegsschuldennote Englands wurde an die Vereinigten Staaten gefaßt. In dieser wiederholt die britische Regierung ihren Wunsch, zu einer auf die Dauer berechneten Regelung der Kriegsschuldenfrage zu gelangen und geht auch auf die amerikanischen Anregungen ein, die Zahlungen in Sachwerten zu leisten. Der Wortlaut der Note wird morgen veröffentlicht werden.

Das Verbleib Machados gefunden.

Der frühere Präsident von Kuba, Machado, der von der jetzigen kubanischen Regierung wegen Mordes in den Anklagezustand versetzt worden ist, und von den amerikanischen Behörden in den Vereinigten Staaten, wo er sich zuletzt aufgehalten hatte, monatelang vergeblich gesucht wurde, scheint in Haiti eine Zuflucht gefunden zu haben. Nach halbamtlichen Mitteilungen soll er sich dort auf einer Farm aufhalten, die dem Präsidenten von Santo Domingo, Rafael Trujillo, gehört. Von seiner Verhaftung liegt indessen noch keine Nachricht vor.

Neuer Angriff auf Gandhi.

In der in der Präfektur Bombay gelegenen Stadt Ahmedabad wurde der Kraftwagen Gandhis erneut von orthodoxen Hindus, den sogenannten Sanataniisten, angegriffen. Die Angreifer gingen mit Knütteln gegen Gandhi und seine Begleitung vor. Sieben Anhänger Gandhis wurden erheblich verletzt. Die nationalindischen indischen Blätter rühmen den Mut Gandhis, der trotz der sich ständig wiederholenden Angriffe auf sein Leben seine Reise, die als Todesfahrt bezeichnet wird, fortsetzt. Dies entspricht Gandhis Gedanke, der erklärt hat, daß er für die Befreiung der Vögel der niedrigsten Hindukasten gern sein Leben hergeben wolle.

Die deutsch-englischen Verhandlungen

Clearing-Gesetz vom Unterhaus endgültig angenommen.

London, 28. Juni.

Das englische Unterhaus nahm das Clearing-Gesetz in dritter Lesung ohne Abstimmung an. Gleichfalls ohne Abstimmung angenommen wurde der Zusatzantrag des Schatzkanzlers Neville Chamberlain, wonach das Gesetz bis zum 30. Juni 1936 in Kraft bleiben soll.

Die deutsch-englischen Verhandlungen über das deutsche Transferratorium haben im Schahamt begonnen. Vertreter des britischen Schahamtes und des Foreign Office, an der Spitze der Hauptwirtschaftsberater der britischen Regierung, Sir Frederick Leith-Ross, hielten eine Sitzung mit den deutschen Vertretern ab. An der Spitze der deutschen Abordnung steht Dr. Berger, der Reparationsfachverständige des Finanzministeriums. Ihm zur Seite stehen Dr. Ulrich, Wirtschaftswissenschaftler des deutschen Auswärtigen Amtes, Reichsbankdirektor Blesing, ein weiterer Reichsbankdirektor und Gesandtschaftsrat Rueter von der deutschen Botschaft in London. Dr. Berger, Dr. Ulrich und Herr Blesing verbrachten eine halbe Stunde vor Beginn der Verhandlungen auf der deutschen Botschaft in Beratung mit dem deutschen Botschafter und Gesandtschaftsrat Rueter. Hierauf begaben sie sich zum Schahamt, wo die Verhandlungen begannen.

Von gestern bis heute

Urlaub für alle Reichs- und Gauedner.

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP, gibt laut NSK, bekannt: Der Kampf gegen die Rörgler und Nies-nacher nimmt mit dem 30. Juli sein Ende. Er hat in seiner zweimonatigen Dauer eine unerhörte, weit über das normale Maß hinausgehende Beanspruchung unserer Reichs- und Gauedner notwendig gemacht. Um ihnen die für die Herbst- und Winteranforderungen notwendige Ausspannung zu geben, ordne ich hiermit für den gesamten Monat Juli entsprechend dem SA-Urlaub und der Anweisung des Stabsleiters der PD, betreffend Urlaub für die Politischen Leiter sowie Amtswalter der angeschlossenen Verbände und der Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ für alle Reichs- und Gauedner Urlaub an. (gez.) Dr. Goebbels, Reichspropagandaleiter.

Kleiner Weltspiegel

Nachdem bereits am 7. Juni ein bulgarisches Ausfuhrverbot für alle Getreidesorten erlassen ist, hat das Kommissariat für Ernährung eine Ausfuhrperre auch für sämtliche Futtermittel angeordnet. Frei bleibt nur noch die Ausfuhr von Reis sowie Oel-saaten.

Der Präsident der „American Federation of Labour“, William Green, erklärte, daß trotz der erreichten Erfolge die Not der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten drückender sei als im Vor-jahre. Die Zahl der Arbeitslosen habe am 1. Juni noch 10 267 000 betragen.

Zahlreiche Ueberflutungsopfer in Indien.

Kalkutta, 27. Juni. Nach Meldungen aus der Indo-Britischen Präfektur Assam werden in den überfluteten Gebieten Hunderte von Personen vermisst. Ein Dampfer mit zahlreichen Passagieren an Bord ist in der Gegend von Gauhati gestrandet, wobei alle Passagiere ertranken.